

Bezirke Hinwil und Pfäffikon

Die Natur als Rechtsperson: Bäche und Wälder sollen vor Gericht ziehen

Hinwil Eine Bewegung will der Umwelt mehr rechtliche Mittel einräumen. Unterstützung erhält sie nun von Nationalräten – mit dabei die Hinwiler Parlamentarierin Marionna Schlatter (Grüne). Auch im Zürcher Oberland sieht sie Anwendungsbereiche.

Marco Huber

Möglicherweise wären Anwälte gerne selber gegen den Verursacher vorgegangen, als im Frühjahr 2016 ein Pflanzenschutzmittel in den Chimlibach zwischen Volketswil und Schwerzenbach gelangte und über 200 Fische verendeten. Die Staatsanwaltschaft See/Oberland sprach in der Folge eine bedingte Geldstrafe wegen Zuwiderhandlungen gegen das Gewässerschutzgesetz aus. Geht es nach der Mutter-Erde-Bewegung, sollen in Zukunft auch geschädigte Ökosysteme klagen dürfen. Nicht nur Menschen, Firmen, Vereine oder Stiftungen wären also Rechtspersonen, sondern auch Tiere und Pflanzen, spricht die Natur an sich. Die Mitglieder dieser globalen Bewegung sehen darin ein wirksames Mittel, um der Zerstörung der Umwelt durch den Menschen auch juristisch entgegenzuwirken.

Ein Recht auf Regeneration

In der Schweiz sind etwa der Bündner Liedermacher Linard Bardill, aber auch Politikerinnen und Politiker verschiedener Couleur Teil davon. Eine Gruppe von fünf Nationalrätinnen und Na-

«Die Schweiz verbraucht dreimal so viele Ressourcen, wie die Natur bereitstellen kann.»

Marionna Schlatter (Grüne)
Nationalrätin aus Hinwil



tionalräten – aus den Reihen der SP, der Grünen, der EVP, der GLP und der FDP – verlangen mittels einer parlamentarischen Initiative, dass das Recht des Menschen auf eine gesunde Umwelt in der Bundesverfassung verankert und der Natur zumindest partiell der Status eines Rechtssubjekts gewährt wird.

Es gehe um das System

Mitinitiantin ist die Nationalrätin Marionna Schlatter (Grüne) aus Hinwil. «Wir sind mit einer massiven Umweltkrise konfrontiert und schaffen es nicht, die Natur zu schützen und Verantwortung zu übernehmen», sagt sie. Schlatter verweist auf die zahlreichen bedrohten Tier- und Pflanzenarten sowie auf den drastischen Rückgang der Biodiversität. «Die Schweiz verbraucht dreimal so viele Ressourcen, wie die Natur bereitstellen kann. Das kann langfristig nicht gutgehen.» Schlatter betont, dass es nicht darum gehe, einem einzelnen Baum rechtliches Gehör zu geben, sondern um das System. «Es geht uns vor allem darum, den Schutz der Umwelt in der Verfassung zu stärken.»

Heute haben in der Schweiz Verbände die Möglichkeit, von

ihrem Beschwerderecht Gebrauch zu machen. Dieses ist allerdings auf einzelne Projekte beschränkt. Neu könnten Rechtsvertreter anstelle von Flüssen, Wäldern, Mooren oder Nationalparks direkt und unabhängig von einzelnen Schäden gegen mutmassliche Umweltsünder vorgehen. Nach der Ansicht Schlatters habe die Natur ein Anrecht darauf, sich zu regenerieren. Auch soll sie Ansprüche geltend machen dürfen, wie beispielsweise dem auf saubere Luft oder Wasser. Sie sagt, sie sei überzeugt, dass es auch hierzulande verschiedene Anwendungsbereiche gäbe.

Vorbild Amazonas

Im Zürcher Oberland wären etwa die Moorgebiete und Drumlin-Landschaften zu schützen. «Wenn diese von Zerstörung bedroht sind, muss es möglich sein, diesen Landschaften eine juristische Stimme zu geben.» Grundsätzlich genügen laut der Nationalrätin die bestehenden Schutzgebiete nicht, damit sich die Natur entwickeln und regenerieren kann.

Vorbilder gibt es im Ausland. In Kanada und in Neuseeland sind einzelne Flüsse mittlerweile

juristische Personen. In Kolumbien hat das oberste Gericht das Amazonasgebiet als Rechtsperson bestätigt. Und im US-Bundesstaat Florida sprachen die Bürgerinnen und Bürger Flüssen und Bächen Rechte zu.

Vorreiter ist Ecuador. Im südamerikanischen Land wurde die Erde im Jahr 2008 als Rechtssubjekt in der Verfassung verankert. Seither wurden über zwei Dutzend Gerichtsfälle verhandelt. Nach Klagen von Bürgern wurde etwa ein Strassenbauprojekt an einem Fluss gestoppt, der Bau einer Goldmine vereitelt oder Leute zur Rechenschaft gezogen, die 6000 tote Haie an Bord eines Schiffs transportiert hatten.

Internationale Vorbilder seien wichtig, da Umweltpolitik nicht an der Landesgrenze aufhört, sagt Marionna Schlatter und verweist auch auf die Resolution der UNO zu den Rechten der Erde. Vertreterinnen und Vertreter der Bewegung ziehen gerne den Vergleich zur Nachkriegszeit. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs formulierte die UNO eine universelle Menschenrechtserklärung.

Nun also sollen die Vereinten Nationen im Sinne einer nach-

haltigen Zukunft die Rechte der Natur anerkennen. Wie damals stehe die Menschheit auch nun an einem entscheidenden Wendepunkt, sagt Schlatter. Es brauche darum einen Paradigmenwechsel.

Bundesrat ist skeptisch

Ob allerdings die Ausweitung des Umweltschutzes in der Bundesverfassung die Hürde einer Volksabstimmung besteht, ist ungewiss. Es bahnt sich Widerstand an – etwa aus den Reihen der SVP. Der Bundesrat gibt sich ebenfalls skeptisch. So lehnte er die juristische Anerkennung von Gletschern ab, da dies dem Rechtsverständnis zuwiderlaufe und es schwer vorstellbar sei, wie eine Rechtsperson den Schutz der Schweizer Gletscher verbessern würde.

Nationalrätin Schlatter ist aber zuversichtlich. Es sei noch ein weiter Weg, doch das Anliegen sei breit abgestützt. Gerade die Landwirte müssten an einem verbesserten Schutz von Ökosystemen, auf deren Leistungen sie angewiesen seien, ein Interesse haben, betont Marionna Schlatter. Und die Bauern verfügen in Bern noch immer über eine mächtige Lobby.

Schulcontainer ziehen bald um: Pfäffiker sagen Ja zur Schulraumverschiebung

Pfäffikon Die angespannte Raumsituation der Schule Pfäffikon hat sich durch den Entscheid an der Urne erledigt. Mit der Verschiebung des temporären Schulraums Sandgrueb ist der Grundstein für das Oberstufenzentrum im Pfaffberg gelegt.

Mit grosser Mehrheit hat die Pfäffiker Stimmbevölkerung der Verschiebung des temporären Schulraums Sandgrueb zum Schulhaus Pfaffberg und dem dafür nötigen Kredit von 1,8 Millionen Franken zugestimmt. 1694 Ja-Stimmen standen 798 Nein-Stimmen gegenüber, die Stimmbeteiligung lag bei 31,16 Prozent. Dieser Entscheid bildet die Grundlage für das Sekundarschulzentrum, das ab diesem Sommer im Pfaffberg in Betrieb genommen wird. Im temporären Schulraum finden die Oberstufenschüler aus dem Schulhaus Mettlen Platz, welches wiederum in der Folge saniert und langfristig zum Primarschulzentrum wird. Ebenfalls können die Tagesstrukturen in diesem Areal den nötigen Raum erhalten. Die Kosten für die Verschiebung belaufen sich auf rund 1,8 Millionen Franken, obwohl die Schulcontainer nicht mehr extra gekauft werden müssen. Dafür müssen unter anderem am neuen Standort Vorbereitungs- und Erschliessungsarbeiten vorgenommen, Baugrube und Fundament erstellt sowie am alten Ort rückgebaut werden.

Hohe Kosten bei allfälligem Nein

Und schliesslich muss die ganze Containersiedlung auseinandergenommen, gezügelt, wieder zusammengesetzt und wo nötig instandgesetzt werden mit den entsprechenden Elektro- und Sanitärinstallationen. Zudem fal-

len Architekten-, Ingenieur- und Spezialistenhonorare an. Der Pfäffiker Gemeinderat war lange Zeit davon ausgegangen, dass die heutige Schulinfrastruktur auch für eine wachsende Zahl von Schülern ausreichen wird. Doch entgegen Prognosen aus dem Jahr 2011 wurde 2018 klar, dass die Gemeinde mit einem viel stärkeren Wachstum konfrontiert wird und der Schulraum dadurch knapp wird.

Ohne die Verschiebung des temporären Schulraums Sandgrueb hätten die Pfäffiker Oberstufenschülerinnen und -schüler zwischen den drei Standorten Sandgrueb, Pfaffberg und Mettlen pendeln müssen. Dies wäre gemäss Gemeinderat und Schulpflege nicht nur zeitlich schwer zu bewältigen gewesen, sondern hätte unter anderem auch das Unfallrisiko in der Gemeinde ansteigen lassen. Die Schule hätte daher Transportmassnahmen treffen müssen, was Mehrkosten von bis zu 100 000 Franken pro Jahr hätte auslösen können. Mit dem Ja zur Verschiebung kann dieses Szenario nun umgangen werden.

Das Oberstufenzentrum im Pfaffberg und das Primarschulzentrum im Mettlen sollen die Schulraumsituation in Pfäffikon langfristig entspannen. Dafür ist beim Schulhaus Pfaffberg ein weiterer Neubau vorgesehen, um definitiven Platz für die Oberstufenschüler zu schaffen.

Lea Chiapolini



Die Schulcontainer werden im Sommer an ihren neuen Standort beim Schulhaus Pfaffberg (im Bild) transportiert. Archivfoto: Seraina Boner